„Überörtliche Kommunalprüfung“ – Haushaltsrisiken durch Investitionsrückstände

Der Nds. Landesrechnungshof hat eine Überörtliche Kommunalprüfung zum Thema – Haushaltsrisiken durch Investitionsrückstände - durchgeführt. Die Erhebung der Daten erfolgte im 4. Quartal 2020 im Rahmen einer online-Befragung bei 1.097 Nds. Kommunen. Die Prüfung endete im Februar 2021. Die Prüfungsmitteilung erfolgte im September 2021. Eine Bewertung des Handelns einzelner Kommunen bzw. kommunaler Haushalte - und somit auch Bramsche - wurde nicht vorgenommen. Es handelt sich daher mehr um eine landesweite statistische Erhebung als um eine Prüfung im eigentlichen Sinne.

Entsprechend § 5 des Nds. Kommunalprüfungsgesetzes wird der wesentliche Inhalt der Prüfungsmitteilung hiermit bekannt gegeben:

Nach einer landesweiten Bestandserhebung der überörtlichen Kommunalprüfung beziffert sich der Investitionsrückstand der niedersächsischen Kommunen im Jahr 2020 auf insgesamt 20,671 Mrd. €.; dies entspricht 2.586 € je Einwohnerin und Einwohner. Der Investitionsrückstand liegt damit um 648 € höher als der – nach dem aktuellen KfW-Kommunalpanel 2021 – ermittelte Bundesdurchschnitt der dreizehn Flächenländer. Der Investitionsstau in Bramsche wurde zum Erhebungszeitraum mit 16,8 Millionen Euro beziffert. Das sind pro Einwohner 543 Euro. Damit liegen wir also sehr deutlich unter dem Schnitt in Niedersachsen von mehr als 2500 Euro.

Die überwiegende Anzahl der Kommunen teilte für alle Infrastrukturbereiche nennenswerte Investitionsrückstände mit – dabei entfielen mehr als die Hälfte auf die Infrastrukturbereiche „Straßen“ (28,8 %) und „Schulen“ (27,2 %) – Schwerpunkte, die auch das Ergebnis der bundesweiten Erhebung des KfW-Kommunalpanels widerspiegeln.

Als Hauptursachen für das Entstehen der Investitionsrückstände in allen Infrastruktur-bereichen benannten die Kommunen unzureichende Finanzmittel und fehlendes Personal.

Darüber hinaus ergab die Analyse der Daten eine erhebliche Diskrepanz zwischen den geplanten und tatsächlich realisierten Investitionen – in einem dreijährigen Betrachtungszeitraum verausgabten lediglich 24 % der Kommunen die eingeplanten Mittel, während annähernd 41 % mehr als die Hälfte nicht einsetzten.

Die überwiegende Anzahl der Kommunen geht davon aus, dass die Investitionsrückstände in allen Infrastrukturbereichen in den künftigen Haushaltsjahren auf hohem Niveau stagnieren (42 %) oder sogar noch weiter ansteigen (30 %) werden. Besonders negativ ist die Prognose für die Infrastrukturbereiche „Straßen“ und „Schulen“ mit den aktuell höchsten Investitionsrückständen – rd. 50 % der Kommunen prognostizierten tendenziell einen weiteren Anstieg.

Unter der Annahme, dass die Kommunen Auszahlungen für Baumaßnahmen in gleicher Höhe wie im Jahr 2020 ausschließlich für den Abbau der aktuell gemeldeten Investitionsrückstände einsetzen, benötigten die Kommunen rechnerisch im Durchschnitt 9 Jahre, um die derzeit bestehenden Investitionsrückstände vollständig abzubauen.

Der vollständige Wortlaut der Prüfungsmitteilung kann von jedem Ratsmitglied bei Herrn Müller im Fachbereich 1 eingesehen werden.